

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

Call for Papers

Heft 1/2018

(Frist 31. Mai 2017)

Angriff auf die Demokratie (Arbeitstitel)

Westliche Demokratien werden durch das Aufkommen autoritärer Politiken und rechtspopulistischer Parteien derzeit verstärkt herausgefordert. Nicht nur transformieren sich politische Ordnungen und Verhältnisse in den als etabliert geltenden Demokratien, sondern auch in den Transformationsstaaten erodieren demokratische Institutionen. Ähnliches gilt für die Europäische Union als demokratisches Projekt, das seit dem Brexit-Votum im Sommer 2016 zunehmend im Kampf gegen nationalistische protektionistische Bestrebungen und Desintegration zerrieben wird. Nicht zuletzt stellt die Präsidentschaft von Donald Trump mit Blick auf die Abschiebung von MigrantInnen, die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, den Abbau rechtsstaatlicher Institutionen, die Ignoranz gegenüber Verfassungsgrundsätzen, das Spielen auf der Klaviatur der Misogynie sowie die angedrohte nukleare Aufrüstung eine besonders bedrohliche Entwicklung dar.

Die Gefahren für globale demokratische Verhältnisse sind derzeit schwer absehbar und stellen Politik wie auch Politikwissenschaft vor neue Herausforderungen. Diese werden bislang von einer vorwiegend staats- und institutionenzentrierten Perspektive der Rechtspopulismus- und Autoritarismusforschung allerdings nur eingeschränkt zur Kenntnis genommen. Vielmehr werden rechtspopulistische Entwicklungen vor allem als Gefährdung oder Korrektiv repräsentativer Demokratiemodelle reflektiert und damit werden nicht-institutionelle Mechanismen vernachlässigt. Mit dieser Fokussierung einher geht ein Mangel an politikwissenschaftlichen Analysen zu Form, Charakter und Wirkungsweisen des Autoritären insbesondere auch mit Blick auf gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse. Denn indem der ‚autoritäre Populismus‘ sich seit Jahrzehnten als eine weltweite und weitreichende Regierungsrationalität etabliert, die im Kern auch auf die Restauration traditioneller Geschlechterordnungen zielt, ist gerade die Frage nach der Etablierung und Konstituierung hegemonialer geschlechtlicher Machtdispositive zentral.

Mit dem Themenheft laden wir Beiträge ein, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit den Fragen befassen, wie autoritär-populistische Regierungstechnologien und Dis-

kurse demokratische (Geschlechter-)Verhältnisse angreifen, wie kulturell-symbolische und ökonomische Praktiken gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse transformieren und geschlechtliche Machtverhältnisse in die Gesellschaften neu einschreiben. Wichtig ist auch, welche Möglichkeiten des Widerstands sich aus demokratietheoretischer Sicht ergeben.

Von besonderem Interesse sind theoretische und empirische Arbeiten, qualitative und quantitative Ansätze, Gouvernementalitäts-, Diskurs- und Policyanalysen, auch im Rahmen vergleichender Autoritarismus- und Rechtspopulismusforschung, die sich mit folgenden Themenbereichen und Leitfragen auseinandersetzen:

- Zum Spannungsverhältnis von Geschlechterordnungen und Politik aus demokratietheoretischer Perspektive: Im Vergleich zu traditionellen, wertkonservativen Geschlechterverständnissen autoritär-populistischer Politik ist die Wirksamkeit gleichstellungspolitischer Politiken, Institutionen und Maßnahmen für die Etablierung demokratischer Verhältnisse kritisch zu diskutieren. Was haben Gleichstellungspolitiken erreicht und inwiefern halten sie autoritär-populistischen Angriffen stand?
- Zu aktuellen Ereignissen im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen, die 2017 über die Regierungsbeteiligung autoritärer, rechtspopulistischer Parteien in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland entscheiden: Der geschlechterkritische Fokus auf den gesellschaftlichen und politischen Kontext der Wahlen sollte auch Grundprinzipien der Demokratie, programmatische Diskussionen, das Wahlverhalten, Formen der Unterstützung bzw. des Widerstands der Bevölkerung sowie die Thematisierung gesellschaftlicher Konflikte mit einbeziehen. Gewünscht ist auch der Bezug auf Anti-EU-Diskurse sowie die Bezugnahme auf neo-nationalistische Metaphern und Politiken.
- Zum Regierungshandeln und den konkreten politischen Maßnahmen in den verschiedenen Ländern West- und Osteuropas und insbesondere den USA: Jenseits des Gebrauchs der Volksmetapher und einer nationalistisch-fremdenfeindlichen Rhetorik, die autoritär-populistischen Parteien gemeinsam sind, zeigen sich im Vergleich deutliche Unterschiede bezogen auf neoliberale und protektionistische Politiken, den Rückbau wohlfahrtstaatlicher Institutionen sowie Maßnahmen, Regelungen und institutionelle Reformen im Kontext von Migrations-, Familien- und Gleichstellungspolitiken. Von Interesse sind insbesondere Untersuchungen, welche die Einschränkung politischer Teilhabe von Frauen über rechtliche Regelungen und wertkonservative Familienbilder thematisieren sowie Unterdrückungs-, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen durch Angriffe auf Gleichstellungsrechte untersuchen. Hierzu gehört auch die kritische Bezugnahme auf die Begrenzung und Entpolitisierung politischer Öffentlichkeiten.
- Zum Spannungsverhältnis der organisierten Zivilgesellschaft als Schule der Demokratie und ihrer Rolle als Akteurin, die den autoritär-populistischen Ideenhorizont maßgeblich mitbestimmt und damit Status-quo stabilisierend wirkt: Inwiefern setzen zivilgesellschaftliche (Frauen-) Organisationen wirksame Schranken gegen den Abbau von bürgerschaftlichen und demokratischen Rechten? Welcher politische Handlungsspielraum wird ihnen eingeräumt? Sind Tendenzen und Maßnahmen zu beobachten, die ihre Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen begrenzen?

- Zu Repräsentationen autoritär-politischer Parteien und Bewegungen, Berichterstattungen und Diskussionen in der medialen Öffentlichkeit aus diskursanalytischer Perspektive: Jenseits historischer, diskursiver und regionaler Unterschiede gibt es eine grundsätzliche Konvergenz autoritär-populistischer Argumentationsstrategien, die mit antifeministisch-neokonservativen Diskursen direkter und/oder indirekt verbunden werden. Gleichzeitig bildet die Umdeutung universeller, westlich-demokratischer Werte wie Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit als Instrumente für Diskriminierung, Ausgrenzung, des Misstrauens und der Verachtung ein wesentliches Merkmal autoritärer Politiken. Wie werden liberale Argumente benutzt für die Diskriminierung von Frauen in Zusammenhang mit einer Politisierung kultureller, ethnischer Konfliktlinien? Wie verknüpfen sich demokratische Argumente zur Geschlechtergleichstellung mit Argumenten gegen Fremde und der Kritik am Islam? Gibt es Verschränkungen des Geschlechterdiskurses mit sicherheits-, wirtschafts- und familienpolitischen Diskursen? Inwiefern werden dichotome, homo- und transphobe Positionen über autoritäre Diskurse hervorgebracht? In welcher Form werden antifeministische Positionen in Zusammenhang mit liberalen Prinzipien der Meinungs- und Pressefreiheit verteidigt? Wo finden Kämpfe gegen staatlich verankerte feministische Errungenschaften (Gleichstellungsprogramme, Quotenregelungen, Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Frauennotrufe, Genderforschung) statt und wodurch zeichnen sie sich aus?
- Zum Analyserahmen autoritär-populistischer Entwicklungen und Politiken aus geschlechtertheoretischer Perspektive: Welches Verständnis von Rechtspopulismus bzw. des Autoritären ergibt sich mit dem Blick auf die Verschiebung geschlechtlicher Machtverhältnisse? Wo verschränkt sich die feministische und geschlechterkritische Analyse mit anderen Themen? Inwiefern reichen Kategorien der Ansätze des politikwissenschaftlichen Mainstreams nicht aus, um gegenwärtige Formen des autoritären Populismus systematisch zu benennen und widerständige Projekte im Rahmen demokratischer Geschlechterverhältnisse zu denken?

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Gabriele Wilde und Gastherausgeberin Birgit Meyer betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum **31. Mai 2017** an Gabriele.Wilde@uni-muenster.de und birgit.meyer@hs-esslingen.de oder redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Juni 2017** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. September 2017**. Die Angaben zu den Autor_innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es

ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. November 2017**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen.

Offene Rubrik Forum

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik Forum die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.